



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/223 - 29. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Notstand" der CDU</u> Nach der Debatte im Bundestag	45
2	<u>"... im Begriff ist, Bankrott zu machen..."</u> Adenauers Politik in der Sicht von Paris	29
3 - 4	<u>Sind alle Brücken abgebrochen?</u> Im siebenten Jahr des Algerienkrieges Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	77
5	<u>Fragestunde wird interessanter</u> Zusatzfragen aus der Mitte des Bundestages haben sich bewährt Von W. Jansen	35
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Pirmasens - Schuhstadt von Weltruf</u> Von Oberbürgermeister Jakob Schunk	72

* * * * *

"Notstand" der CDU

sp - Unbeantwortet ist bei der siebenstündigen Debatte im Bundestag über den vom Bundesinnenminister Dr. Schröder vorgelegten und begründeten Entwurf eines Notstandsgesetzes die Frage des Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt (SPD) geblieben, ob es sich hier um Giftgas für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf handele oder um eine Notstandsregelung. Ginge es der Regierung und der CDU/CSU wirklich um eine ernsthafte Erörterung, hätte sich wohl ein Weg gefunden, auf dem sich Regierung und Opposition begegnet wären. Am Willen zur sachlichen Zusammenarbeit hat es bei der Sozialdemokratie nicht gefehlt und wird es auch in Zukunft nicht fehlen. Die bisher erfolgten Ergänzungen im Grundgesetz sind unter maßgeblicher Mitwirkung und Zustimmung der Sozialdemokratie zustande gekommen. Aber es war die CDU, die auf Geheiß des Bundesinnenministers die Überfraktionellen Gespräche abbrechen und es geschehen liess, dass ein Entwurf vorgelegt wurde, von dem sie weiss, dass er keine Aussicht auf Verwirklichung hat - ist er doch verfassungswidrig und bietet deshalb überhaupt keine geeignete Diskussionsgrundlage. Dr. Schröder setzte sich mit der ihm eigenen Forschheit sogar über die schwerwiegenden Bedenken der CDU-Ministerpräsidenten hinweg, er handelte nach der Devise: Vogel friss oder stirb. Der Vogel in diesem Falle wäre das Parlament, das - und das ist der ausdrückliche Sinn dieses Entwurfes - entmachtet werden und der Regierung unbeschränkte Vollmachten geben soll. Die CDU-Fraktion ist willens, diesen gefährlichen, die Freiheit jedes Staatsbürgers bedrohenden Weg zu gehen, sie ist bereit, ihre Verantwortung als einer dem Grundgesetz verpflichteten Partei der Regierung zu delegieren.

Der Notstandsgesetzesentwurf mit seinen vielen Giftzähnen wird Makulatur bleiben, er bleibt eine Fleissarbeit von Männern, die die Freiheit schützen wollen, indem sie diese aufheben. Beständen die Gefahren, die Schröder so lebhaft heraufbeschwor, wäre es wirklich die elfte Stunde, läge der Regierung die Sicherheit der Bundesrepublik wirklich so am Herzen, wie sie es vorgibt, dann müsste sie unverzüglich den Entwurf zurückziehen und die Wiederaufnahme der interfraktionellen Gespräche sogar fördern. Herrn Schröder und der CDU geht es aber darum nicht, sie glauben, eine geeignete Plattform für den Wahlkampf gefunden zu haben, sie hoffen damit die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie in Frage stellen zu können.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Die deutsche Sozialdemokratie weiss, was sie dem Grundgesetz, der Bundesrepublik und der Sicherung der freiheitlich-demokratischen Ordnung schuldet. Ihre ganze Kraft setzt sie für deren Stärkung ein. Sie ist aber nicht bereit, eben um dieser freiheitlich-demokratischen Ordnung willen, einen Weg mitzugehen, der zur Bedrohung aller führt. Die Schatten des Ermächtigungsgesetzes von 1933 schrecken. Die CDU möchte ihren Notstand, in dem sie sich befindet, als Notstand der Nation proklamieren. Sie wird sich in Bescheidenheit gedulden müssen.

"... im Begriff ist, Bankrott zu machen ..."

sp - Das konservative Pariser Massenblatt "Le Figaro" versuchte dieser Tage, die psychologische Situation der Deutschen nach der klaren Absage de Gaulles an ein politisch integriertes Europa zu analysieren. Dabei kommt diese Zeitung, die seit Jahren in Frankreich Adenauers Politik gepriesen hat, zu der verblüffenden Feststellung, dass "die Politik des Mannes, der die Geschichte Westdeutschlands seit elf Jahren leitet, im Begriff ist, Bankrott zu machen". Der Deutsche, so meint "Le Figaro", stelle fest, dass er staatenlos ist und frage sich mit einer gewissen Verzweiflung, welches in einem Europa der Vaterländer seine Stellung sein könnte.

Im Hintergrund dieser Überlegungen steht das Wissen um die Tatsache, dass der französische Staatspräsident de Gaulle, der Mann also, von dem Adenauer bekanntlich sagt, dass zwischen seinen und dessen politischen Auffassungen keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten bestehen, an ein ganz anderes Europa denkt als der westdeutsche Bundeskanzler.

Das ist gewiss eine sehr bittere Feststellung, zumal sie den offiziellen Erklärungen Bonn über das gute Einvernehmen zwischen der westdeutschen Bundeshauptstadt und Paris diametral entgegengesetzt ist.

Man kann derartige Vorgänge und die Hinweise eines so einflussreichen französischen Blattes deutscherseits im Augenblick nur mit der erneuten Forderung nach einer gewissenhaften Bestandsaufnahme auch der sogenannten Europapolitik Bonn verbinden. Zweifellos gibt es in Frankreich politische Kräfte, die den Desintegrationsprozess der Europapolitik de Gaulles sodauern und kritisieren. Ob sie aber stark genug sind, um - über das rein Militärische hinaus - auch im politischen Raum mit Erfolg aktionsfähig zu werden, dürfte man wohl bezweifeln können. Uns dringender wird die Klärung der Frage, was denn nun eigentlich tatsächlich aus "Europa" werden soll.

+ + +

Sind alle Brücken abgebrochen?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Präsident der algerischen Exilregierung, Ferhat Aobas, begibt sich zum ersten Male nach Peking via Moskau. In wenigen Wochen beginnt das siebte Jahr des Algerienkrieges. Gibt es jetzt noch irgendwelche Chancen, den Algerienkrieg durch zweiseitige direkte Verhandlungen zwischen Paris und der FLN zu beenden?

Scheinbare Übereinstimmung

Betrachtet man nur die nach aussen hin verkündeten Formeln und Beteuerungen, sind die Differenzen zwischen den beiden Kriegspartnern nicht sehr gross: de Gaulle sowie die FLN haben sich für die algerische Selbstbestimmung erklärt, für eine Volksabstimmung, in welcher das ganze algerische Volk unter Kontrolle der internationalen Öffentlichkeit über sein weiteres Schicksal bestimmen soll. De Gaulle sowie die FLN sind sich einig darüber, dass das Resultat dieses Volksentscheides nicht mehr Französisch-Algerien sein wird, sondern ein "algerisches Algerien", das nicht gegen, sondern mit Frankreich entstehen soll. Diese Annäherung der Formeln ist bemerkenswert und hat sich erst seit einem Jahr vollzogen. Blickt man aber hinter die Fassade, versucht man, den eigentlichen Inhalt der offiziellen und offiziellen Erklärungen festzustellen, sieht man, dass die Interessengegensätze doch noch weit auseinanderklaffen, und dass das Scheitern der Verhandlungen keineswegs auf zufällige Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen ist.

Wirkliche Differenzen

Als de Gaulle die Selbstbestimmung vorschlug, glaubte er, die Mehrheit der algerischen Bevölkerung werde sich für eine Zwischenlösung aussprechen, nämlich für eine Art interne Autonomie, ein "algerisches Algerien" innerhalb der französischen Gemeinschaft. Die FLN dagegen ist fest davon überzeugt, dass die Mehrheit der Algerier sich für staatliche Unabhängigkeit entscheiden würde, eben deshalb entschloss sie sich nach einigem Zögern, das Angebot des französischen Staatschefs anzunehmen. Die Hintergedanken sind also in beiden Fällen ähnlich und zugleich diametral entgegengesetzt: man erstrebt den militärischen oder zumindest politischen Sieg über den Gegner.

Der Streit um die Garantien

Daher die Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege. Beide Parteien verlangen sehr verschiedene Garantien für die geplante Selbstbestimmung. General de Gaulle verlangt Feuereinstellung oder zumindest Einstellung der Attentate noch vor eigentlichen Waffenstillstandsverhandlungen und erst nachher wäre er bereit, die Chefs der Aufständischen persönlich zu empfangen.

Über die politische Zukunft Algeriens will er dann aber nicht allein mit der FLN Besprechungen führen, sondern auch mit allen anderen politischen Tendenzen Algeriens, z.B. auch mit der Konkurrenzbewegung der FLN, der Algerischen Nationalbewegung MNA (Messali Hadj), sowie selbstverständlich mit den Vertretern der Algerien-Franzosen verschiedener Richtungen.

Die algerische Exilregierung hingegen will oder kann sich auf eine Feueereinstellung ohne vorherige Garantien nicht einlassen, weil es ja nicht so einfach ist, den teilweise selbständigen Maquis heute Waffenruhe und morgen eventuell neue Kampfaktionen anzuordnen.

Wer kontrolliert die Volksabstimmung?

Mit anderen Worten, die französische Regierung wünscht eine Volksabstimmung unter Kontrolle der französischen Armee, wenn auch bei "Anwesenheit internationaler Beobachter", aber nicht unter UNO-Kontrolle, denn Algerien wird trotz Zubilligung des Selbstbestimmungsrechtes weiterhin als innerfranzösische Angelegenheit betrachtet. Die FLN hingegen verlangt eine Volksabstimmung unter direkter UNO-Kontrolle, also die Zurückziehung oder Einschränkung der Befugnisse der französischen Armee.

Auch die Exilregierung ist bereit, mit den anderen politischen Tendenzen Algeriens zu verhandeln, aber sie betrachtet sich bereits als die eigentliche Nationalvertretung des Landes. Der MNA will sie allerdings auf keinen Fall ein Lebensrecht zubilligen, obwohl diese unter der in Frankreich lebenden algerischen Arbeiterk. starken Anhang hat. Eher noch wäre die FLN bereit, den Algerien-Franzosen politische Garantien zu geben, als "nationale Kinderheit".

Zukunftsmusik

Unter einem "algerischen Algerien in Zusammenarbeit mit Frankreich" versteht de Gaulle Eingliederung in die Französische Gemeinschaft (also faktisch Ausgliederung aus dem französischen Staatsverband, daher der Vorwurf des "Hochverrats" von seiten der Rechtsextremisten gegen den französischen Staatspräsidenten), im äussersten Falle ein Statut, wie es jetzt Madagaskar geniesst, ohne dass dies aber offen so ausgesprochen wurde. Die vorgeschlagenen Formeln sind überhaupt sehr dehnbar und lassen meistens mehrere Deutungen zu.

Die FLN hingegen denkt bestenfalls an eventuelle Abkommen zwischen der Algerischen Republik und Frankreich, wie auch mit anderen Staaten. Man sieht, hinter der äusseren Annäherung oder Übereinstimmung der Schlagworte verbergen sich noch tiefe Gegensätze, und es wird voraussichtlich noch einige Zeit dauern, bis sie überbrückt sind.

Fragestunde wird interessanter

Von W. Jansen

Zu den Bemühungen, die Verhandlungen des Deutschen Bundestages aktueller, lebendiger und interessanter zu machen, gehört auch die Reform der Fragestunde. Wichtigste Neuerungen: in dringenden Fällen wird die Frist zur Einreichung der Fragen verkürzt; weniger wichtige Fragen können auch schriftlich beantwortet werden; auch an Tagen, an denen sonst keine Plenarsitzung ist, kann das Parlament zur Abhaltung der Fragestunde zusammentreten; und schließlich: Zusatzfragen können jetzt nicht nur vom Fragesteller selbst, sondern auch von allen anderen Abgeordneten des Deutschen Bundestages gestellt werden. Am vergangenen Mittwoch wurde diese Regelung zum ersten Male praktiziert.

Man wird sagen müssen, daß der Bundestag mit dieser Reform ein gutes Werk getan hat. Die erste Erfahrung war durchaus positiv. Eine Reihe von Fragen wurde in der bisher üblichen Form erledigt: Ein Zeichen dafür, daß die Abgeordneten die neuen Bestimmungen nicht um jeden Preis ausnutzen, sondern nur dann, wenn wirklich ein Bedürfnis vorliegt. Bei einer Frage nach der Wohnungsfibel des Bundeswohnungsbauministers aber entspann sich ein lebhaftes Gespräch zwischen Abgeordneten verschiedener Fraktionen und dem Minister, dem man bei dieser Gelegenheit beschreiben muß, daß er sich trotz des für ihn recht peinlichen "Pergandismus"-Themas gut gehalten und wacker geschlagen hat.

Aber auch die rasche Reaktionsfähigkeit der beteiligten Abgeordneten, die den Ball geschickt immer wieder auffangen und zurückgaben, verdient Anerkennung. Kritiker werden vielleicht einwenden, daß man trotz des lebhaften Gesprächs in der Sache nicht sehr viel Neues erfahren habe und daß ein Lob dieser Diskussion ein Lob des Gesprächs um des Gesprächs willen sei. Wer so spricht, irrt, denn es besteht nach dieser Anfang die berechtigte Aussicht darauf, daß künftig auch materiell wichtigere Themen in rascher Frage und Antwort gründlicher und besser geklärt werden als nach dem bisherigen Verfahren, bei dem sich ein und dasselbe Thema manchmal wochenlang durch die Fragestunden schleppte. Und eben darum liegt die Fortsetzung solcher Diskussionen zwischen Parlament und Regierung im beiderseitigen Interesse. Die Fragestunde wird nach der Erfahrung vom Mittwoch bald aus der Zweitrangigkeit, in die sie abzugleiten drohte, zu einem der interessantesten Tagesordnungspunkte des Deutschen Bundestages werden.

+ + +

Pirmasens - Schuhstadt von Weltruf

Von Oberbürgermeister Jakob Schunk

Die Stadt Pirmasens, an der deutsch-französischen Grenze gelegen, ist der Sitz einer bedeutenden Schuhindustrie. Nach Süden in das Elsaß bestehen kaum durchgehende Verkehrsverbindungen. Die einseitige Verbrauchsgüterindustrie und die ungünstige Verkehrslage bedingen eine besondere Konjunktorempfindlichkeit. Die Verwaltung dieser Stadt hat daher ihre besonderen Probleme. Sie muß mit Aufgaben fertig werden, wie sie einer anderen mittleren Stadt nicht gestellt sind.

Bei Beginn des 2. Weltkrieges mußte die Stadt mit ihren damals 48 000 Einwohnern vollständig geräumt werden. Durch Fliegerangriffe und Artilleriebeschuß wurde die Stadt fast vollständig zerstört. Von den 1939 vorhandenen 13 500 Wohnungen waren bei der Besetzung 1945 nur noch 4 000, am Stadtrand gelegen, bewohnbar. Die vorranglichste Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung war, den schwer getroffenen Bürgern wieder Wohnungen und damit die Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Industrie zu schaffen. In Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Unternehmen konnte dieses Problem beispielhaft gelöst werden. Am Ende dieser Stadtratsperiode sind wieder 16 000 Wohnungen vorhanden. Fast jedes Haus, das wieder erstanden ist, wurde mit städtischen Mitteln gefördert. Dabei ist es auch gelungen, die Elendwohnungen, die zur Teil noch ein Erbe aus der Vorkriegszeit waren, zu beseitigen.

Zugleich mußten die städtischen Versorgungsbetriebe neu gebaut und in Betrieb genommen werden. Viele Kilometer Versorgungsleitungen wurden in die vor den Bomben aufgewühlten Straßen verlegt.

Wie in vielen anderen Städten entsprach auch in Pirmasens die Kanalisation nicht mehr den Erfordernissen der Zeit. Ein Kanalbauprogramm mit einem Kostenaufwand von 13 Millionen DM, bei dem Klärungsanlagen vorgesehen sind, ist in der Durchführung. Gleichzeitig wurden viele Kilometer Straßen hergerichtet, mit staubfreier Decken versehen und dem modernen Verkehr angepaßt. Die Straßen in den Wohngebieten am Rand der Stadt, wo die werktätige Bevölkerung wohnt, wurden sorgfältig hergerichtet. Kein Schulhaus war unversehrt über den Krieg gekommen. Der Wiederaufbau und die Modernisierung erforderten viele Millionen Mark. Ein Gebäude für die Volksschule und eines für die Oberschule wurden neu gebaut. Zur Zeit sind ein neues Volksschulhaus und ein Schulhaus für das Altsprachliche Gymnasium mit einem Kostenaufwand von 8 Millionen DM im Bau. Ein Gebäude der Berufsschule ist in Planung. Die Erstellung

wird 5 Millionen DM kosten. In einem Zeitraum von vier Jahren werden fast 13 Millionen DM für den Neubau von Schulhäusern bereitgestellt.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens war die Verwaltung nicht untätig. Zur besseren Versorgung der Kranken wurde ein Bettenbau mit 240 Betten mit den modernsten Einrichtungen an das vorhandene Krankenhaus angebaut. Ein Schwesterrwohnheim mit Schwesternschule ist zur Zeit im Bau. Beide Vorhaben kosten 8 Millionen DM.

Die Pflege und Förderung des kulturellen Lebens nahmen einen hervorragenden Platz ein. Eine neue Theaterhalle steht zur Verfügung. Das städtische Kulturamt vermittelt Theateraufführungen und Konzerte. Die Volkshochschule betreibt ohne Unterbrechung Erwachsenenbildung mit großer Erfolg. Eine neue Erwachsenen- und Jugendfreihand-Bücherei versorgen die Bevölkerung mit Büchern aller Wissensgebiete. Nicht vergessen wurden beim Wiederaufbau die Religionsgemeinschaften, deren Kirchengebäude alle zerstört waren. Zu ihrer Wiedererrichtung wurden ansehnliche Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt gegeben. Altersheime und Kindergärten werden großzügig unterstützt. Sportvereine und Jugendverbände werden in ihrer Arbeit durch laufende städtische Zuschüsse gefördert.

Zur Förderung der Industrie hat die Stadt eine Internationale Schuh-, Leder- und Maschinenmesse aufgezogen, die in einem Abstand von 3 Jahren stattfindet und die von Schuhmachern aus aller Welt besucht wird. Die Pirmasenser Schuhmaschinenindustrie hat Weltruf; ihre Maschinen sind das Kernstück der Messe und haben der Veranstaltung einen internationalen Ruf verschafft.

Auf den bisherigen Erfolgen der kommunalen Selbstverwaltung soll nicht ausgerastet werden. Der Stadtrat wurde vor wenigen Wochen ein Investitionsprogramm für die nächsten vier Jahre mit einem Volumen von 35 Millionen DM vorgelegt. Das Leben im kommunalen Bereich soll pulsieren wie ein Bienenkorb. Bei dieser Arbeit hat sich die kommunale Selbstverwaltung kräftig entwickelt.

Bei den bisherigen Kommunalwahlen haben die Bürger der Stadt die sichtbaren Leistungen von Rat und Verwaltung zunehmend anerkannt. Die Wähler werden gut beraten sein, wenn sie auch in Zukunft die politischen Kräfte unterstützen, die ihre ganze Kraft für das Wohl der Stadt und ihrer Bürger einsetzen. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel